

## **Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 03.11.2021**

---

Öffentlicher Teil

**TOP .      Maßnahmen der Stadt Hagen für ein gelingendes Miteinander insbesondere  
in Quartieren mit viel Zuwanderung Bericht der Verwaltung**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach berichtet über die Maßnahmen der Stadt Hagen für ein gelingendes Miteinander insbesondere in Quartieren mit viel Zuwanderung (**siehe Anlage zu TOP 3.5**).

Herr Walter fragt, ob der Wille der Familien, sich dauerhaft in Hagen niederzulassen, durch die zahlreichen Maßnahmen eher zu- oder abgenommen habe.

Frau Kaufmann macht deutlich, dass es im Gegensatz zu den Anmeldungen zu den Abmeldungen keine konkreten Zahlen gebe. Man gehe grundsätzlich davon aus, dass der größere Teil der Familien in Hagen bleibe. Man sehe an den Schulen, dass man teilweise über Wochen hinweg gar keine Informationen darüber habe, wo die Kinder geblieben seien. Es seien Schulplätze für Kinder reserviert gewesen, die nicht gekommen seien. Das sei ein großes Problem. Man gehe davon aus, dass der größte Anteil der 8.000 Menschen in Hagen mit dem System irgendwie zurecht käme. Es wäre sehr vorteilhaft, wenn es gelänge, jedes zugezogene Kind sofort in einer Kindertageseinrichtung unterzubringen. Das sei im Moment aber nicht leistbar.

Man stehe im Austausch mit anderen Kommunen, die ähnliche Probleme hätten. Man komme mit dem Bau von Kindertageseinrichtungen nicht nach, da der Zuzug von Menschen sehr hoch sei. Insgesamt sei noch sehr viel zu tun und man brauche viel mehr Mitarbeiter in dem Bereich. Man stehe in engem Austausch mit anderen betroffenen Kommunen. In Gelsenkirchen und Duisburg sei die Situation noch einmal potenziert. Duisburg habe 23.000 und Gelsenkirchen annähernd 10.000 Menschen aus Südosteuropa.

Herr Goldbach ergänzt, dass man in Hagen in den letzten sieben Jahren vierzehn Kindertageseinrichtungen gebaut habe, weitere dreizehn Einrichtungen würden in den nächsten drei Jahren gebaut. 860 Plätze seien in Planung.

Herr Meier merkt an, dass es ein interessanter, aber auch erschreckender Bericht sei. Er frage sich, wie bei einer solchen Fluktuation Integration gelingen könne. Das halte er für sehr schwierig. Wie wirke sich das auf Kindergärten und Schulklassen aus, wenn dort permanent wechselnde Anwesenheiten von unterschiedlichen Kindern seien? Das wirke sich doch auch auf die Kinder aus, die regelmäßig dort hingingen. Das müsse man auch im Blick behalten. Diese Kinder müssten auch gestärkt werden. Es gehe ja insgesamt um Integration. Er habe das Gefühl, dass Vieles von dem, was angeboten

werde, ins Leere laufe.

Frau Kaufmann dankt für die vielen Fragen. Das spiegele das insgesamt hohe Interesse wieder.

Das Thema spiele endlich auch eine Rolle in der Landespolitik. Integration in den Arbeitsmarkt sei sehr wichtig. Sie gebe Herrn Meier in Bezug auf die geschilderten Probleme vollkommen recht. Man habe oft keine Möglichkeit, zu sanktionieren. Der Schulbesuch ihrer Kinder sei kein Anreiz für diese Familien.

Herr Schmitz vom Jobcenter macht deutlich, dass die Menschen oft ganz andere Vorstellungen hätten, was ihre Kinder später machen sollten. Der Austausch mit anderen Kommunen sei sehr wichtig. Diese hätten in dem Bereich große Erfahrung.

Herr Dr. Krauß-Hoffmann betont, dass die Maßnahmen und Hilfen der Kommunen sehr gut seien. Wichtig sei aber auch das Thema Arbeit, um darüber die Integration zu fördern.

Herr Goldbach betont, dass es sich um eine große Aufgabe handele, die man hier zu bewältigen habe. Er könne bestätigen, dass neben den Themen Wohnen und Bildung auch das Thema Arbeit wichtig sei. Wenn es gewünscht sei, könne man das Thema im ersten Halbjahr 2022 einmal aufgreifen.

Frau Schneidmüller-Gaiser stellt fest, dass es sich hierbei um eine Generationenaufgabe handele. Es gebe zunehmend auch rumänische und bulgarische Geschäfte. Dort könne man doch mit den Menschen in Kontakt treten.

Frau Kaufmann berichtet, dass es in Dortmund eine Kindergruppe ausschließlich für Roma-Kinder gebe. Die Erfahrung zeige, dass diese Kinder oft unterdrückt würden, wenn in den Kitas Kinder aus allen Ländern seien. Wenn die Kinder unregelmäßig in die Kitas gingen, lernten sie nicht viel. In den Herkunftsländern gebe es kein Vertrauen in die staatlichen Einrichtungen. Sie sei auch der Meinung, dass man sich mit dem Thema Arbeit demnächst beschäftigen solle.

Herr Goldbach berichtet, dass man Sprachmittler habe, die die Roma und andere EU-Bürger begleiteten. Er werde einmal in Bezug auf die Gewerbeanmeldungen von Läden nachfragen.

Frau Dr. Dreher-Sudhoff fragt, ob es Erhebungen über Erfolg oder Mißerfolg von Kindern aus Südosteuropa gebe.

Frau Kaufmann antwortet, dass man diese Zahlen nicht erfassen dürfe.

Wenn die Eltern oft umzögen, sei es sehr schwer für deren Kinder.

Wenn sie zu uns kämen, seien sie beispielsweise zwölf Jahre alt und hätten nur drei Jahre die Schule besucht. Dann gingen sie auf die Hauptschule, schafften aber dort vielleicht keinen Abschluß.

